

# «50 000 Stellen gefährdet»

Fabrikant und SVP-Politiker Hansruedi Wandfluh warnt vor starkem Franken

VON GUIDO SCHÄTTI

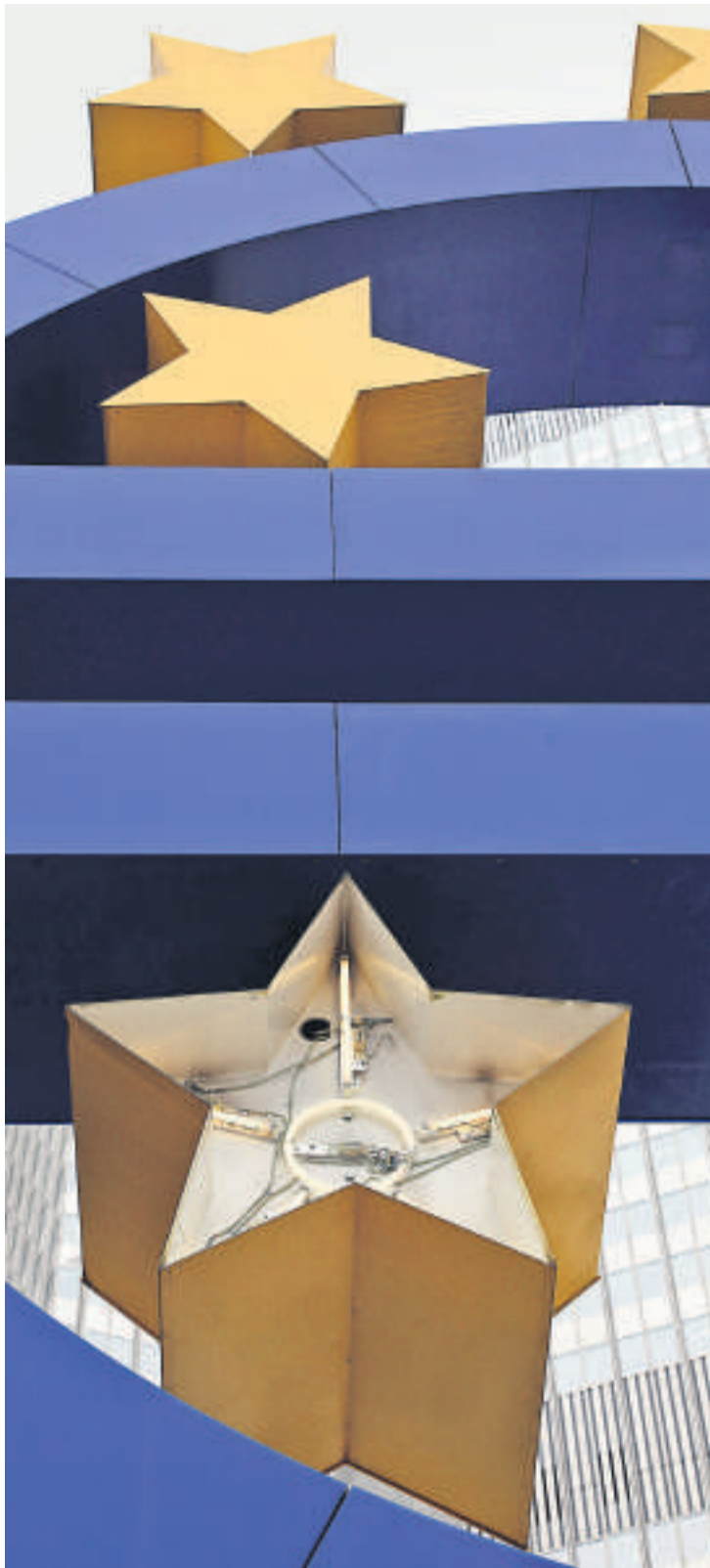
**BERN** Die Lage ist ernst, Panik aber verfehlt: Das war der Tenor nach dem «Franken-Gipfel» von Bundes- und Wirtschaftsvertretern am Freitag in Bern. «Die Unsicherheit ist gestiegen, doch es gibt noch keine Krise», beruhigte Jean-Daniel Gerber, Chef des Staatssekretariates für Wirtschaft (Seco) am Freitag.

Doch Industrievertreter sind alarmiert. «Unsere Beurteilung ist pessimistischer als jene des Bundes», sagt etwa Peter Dietrich, Direktor des Branchenverbandes Swissmem. Grund: Um 17 Prozent wurde der Franken zum Euro innert Jahresfrist aufgewertet. Die Unternehmen müssten ihre Preise um diesen Prozentsatz anheben, um unter dem Strich gleich viel Geld in der Kasse zu haben. Eine Illusion: «Preiserhöhungen sind auf dem Weltmarkt kaum möglich», sagt Fulvio Micheletti, Leiter Firmenkunden bei der UBS.

Die Schweizer Unternehmen kämpfen folglich mit kürzeren Spiessen. «Die Konkurrenzfähigkeit hat durch den starken Franken drastisch gelitten», sagt Hansruedi Wandfluh, Berner SVP-Nationalrat und Inhaber der Hydraulikfirma Wandfluh AG. «Wenn in so kurzer Zeit ein derart hoher Ertragsanteil wegfällt, ist das dramatisch», sagt Dietrich. Im Unterschied zu Pharma- und manchen Finanzkonzernen kennen die meisten Industrieunternehmen zweistellige Gewinnmargen nur vom Hörensagen. «Wir bewegen uns eher bei sechs bis sieben Prozent», so Dietrich. Die Frankenaufwertung geht deshalb ans Eingemachte: «Bei vielen Firmen fällt nicht nur der Gewinn weg, sie schreiben Verluste.»

## Industrielle drohen mit Produktionsverlagerungen

Dieses Jahr dürfte die Zahl der Pleiten deutlich steigen. «Ich rechne mit vermehrten Produktionsverlagerungen in den EU-Raum und steigenden Konkursen», sagt Wandfluh. Auch ein Jobabbau sei absehbar. «Hält der starke Franken an, sind 50 000 Arbeitsplätze gefährdet», sagt er. Nur ein gutes Jahr nach der Finanzkrise steht die schweizerische Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie damit vor einer weiteren Belastungsprobe. Knapp 330 000 Menschen beschäftigt die



Euroraum: Schweizer Firmen erhöhen Beschaffungen

FOTO: GETTY

Branche heute wieder. Bei einem Abbau von 50 000 Stellen fielen also 15 Prozent der Jobs weg. Nach einem Jahr der Euro-Schwäche drehten Firmen mit knappen Margen teilweise schon heute im roten Bereich, sagt Christian Wanner, Analyst bei der Wirtschaftsauskunft Dun & Bradstreet. «In exportorientierten Branchen ist 2011 mit steigenden Konkursen zu rechnen.»

In seinem eigenen Unternehmen habe er noch keine Massnahmen getroffen, sagt Wandfluh. «Wir machen uns aber Gedanken, die Beschaffung in Fernost zu verstärken.» Ähnlich tönt es auch bei anderen Firmen: «Hält die Situation an, wären wir mittelfristig allenfalls gezwungen, Teile der Schweizer Produktion in den Euroraum zu verlagern», sagt Franziska Tschudi, CEO des Autozulieferers

Wicor in Rapperswil SG. Peter Spuhler, SVP-Nationalrat und Chef von Stadler Rail, hat den Anteil der Beschaffung im Euroraum von 20 auf 30 Prozent erhöht. «Wenn sich der Franken nicht wieder abschwächt, hat die Exportwirtschaft ein echtes Problem», sagt Spuhler.

Swissmem-Direktor Dietrich schliesst selbst eine Marginalisierung der Industrie auf lange Frist nicht aus, sollte der Franken weltweit ein Hort der Stabilität bleiben. «Das wäre verheerend», so Dietrich. «Länder wie England, die einseitig auf die Finanzindustrie gesetzt haben, sind schlecht durch die Finanzkrise gekommen.»

## Treffen zwischen Industrie- und Bankenvertretern geplant

Nach ihren erfolglosen Interventionen im Vorjahr und den daraus resultierenden Milliardenverlusten hat sich der Spielraum der Nationalbank verengt. Dennoch warnt Wandfluh davor, die Hände in den Schooss zu legen: «Man muss die Möglichkeit ins Auge fassen, Negativzinsen auf ausländischen Guthaben zu erheben», fordert der Präsident der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK). Wegen des drohenden Abflusses von ausländischen Vermögen hätten die Banken kein Interesse an einer solchen Massnahme, sagt Wandfluh. Entscheiden müsse aber die Nationalbank: «Sie muss die Lage im Sinne der gesamten Wirtschaft beurteilen.»

Swissmem- und Bankenvertreter wollen sich in den kommenden Wochen an einen Tisch setzen, um die Probleme zu diskutieren, wie Recherchen der SonntagsZeitung zeigen. Nach einem Termin wird noch gesucht. Themen werden Kreditkonditionen, Währungsabsicherungen und der Devisenhandel sein. Grossbankenvertreter warnen die Firmen vor Schnellschüssen und überstürzten Produktionsverlagerungen ins Ausland. «Die Schweiz bietet politische Stabilität, einen ausgeglichenen Staatshaushalt, tiefe Zinsen und eine vernünftige Steuerbelastung», sagt Barend Fruithof, Leiter Firmenkunden der Credit Suisse. Bei anhaltender Frankenstärke wird das die Exportindustrie aber nicht vor Einschnitten schützen: «Dank den Erfolgen der Vergangenheit sieht heute vieles noch gut aus», sagt Spuhler. «Doch in zwei bis drei Jahren werden die Probleme voll durchschlagen.»



Weg mit der Bonussteuer!

**Es ist mehr als ein Ärgernis, wenn Unternehmen, die über Staatsbeiträge, über administrierte Preise oder über Wettbewerbsbeschränkungen direkt oder indirekt vom Staat unterstützt werden, ihren leitenden Mitarbeitern 20, 40 oder gar 90 Millionen Franken Lohn und Boni pro Jahr ausschütten. Solche Zahlungen stammen nämlich zu einem erheblichen Teil direkt aus den allgemeinen Steuern! In den Augen vieler Stimmbürger ist eine Bonussteuer deshalb die richtige Antwort.**

**Mit Verlaub, eine Bonussteuer ist grundfalsch! Sie ist nicht nur falsch, weil die Steuer nicht jene bezahlen, die den Bonus erhalten, sondern die Unternehmen, die ihn ausrichten. Konsumenten und Aktionären wird wegen der Bonussteuer also noch mehr Geld als sonst schon vorenthalten. Die Bonussteuer ist aber auch aus viel wichtigeren prinzipiellen Gründen falsch. Angesichts der Wohlstandsmöglichkeiten, die eine wettbewerbsorientierte Marktwirtschaft mit Privateigentum, freier Preisbildung und möglichst unregulierten Märkten bietet, sollten wir uns für weniger und nicht für mehr Staatseingriffe einsetzen. Und einen direkteren Staatseingriff als eine Bonussteuer mit allen damit verbundenen**

**«Marktwirtschaft bedeutet Transparenz, Wohlstand, Freiheit, politische Unabhängigkeit»**

staatlichen Kontrollen gibt es wohl kaum. Marktwirtschaft bedeutet nicht, dass keine Regeln gelten, dass sich leitende Angestellte irgendwelche Mondgehälter auszahlen, dass Wählergruppen finanzielle Vorteile zugeschanzt werden oder dass Märkte abgeschottet werden. Im Gegenteil! Marktwirtschaft bedeutet, dass explizite Regeln gelten, dass Arbeit gemäss Wertschöpfung bezahlt wird, dass sinnvolle Anreizstrukturen wirken und dass Transparenz und Wettbewerb herrschen. Hätten wir mehr Marktwirtschaft, müssten Grossbanken für die staatliche Überlebensgarantie fünf oder zehn Milliarden Franken pro Jahr bezahlen (viel Geld für Boni bliebe dann wohl gar nicht mehr übrig), würden die Importmärkte nicht behindert, würden die Pensionskassen nicht ausgeblutet, und die Krankenkassen würden sinnvolle Anreize für den Konsum medizinischer Dienstleistungen setzen.

**Machen wir uns aber keine Illusionen! Die Marktwirtschaft hat nicht viele echte Freunde, kaum in den heute stark regulierten Firmen und noch viel weniger beim Staat und den Politikern. Marktwirtschaft ist oft lästig, weil sie anstrengend ist. Aber sie schafft Wohlstand, Freiheit und politische Unabhängigkeit. Und nur sie ermöglicht die nachhaltige Finanzierung durchdachter sozialer Leistungen.**

Martin Janssen ist Professor an der Universität Zürich

## Kreuzfahrten: Schweizer profitieren vom tiefen Euro

Für 2011 peilt die Branche einen neuen Passagierrekord an – Schiffsreisen werden immer günstiger

VON ROBERT WILDI

**GENÈVE** In der Kreuzfahrtenindustrie herrscht Champagnerlaune: Im vergangenen Jahr waren weltweit rund 17 Millionen Passagiere auf den Vergnügungsdampfern unterwegs. 2009 waren es erst 13,4 Millionen Touristen. Auch Schweizer waren häufige Gäste: Ihre Zahl stieg im letzten Jahr von rund 85 000 auf über 100 000.

Für 2011 hat die Kreuzfahrtenbranche einen neuen Passagierrekord im Visier. Zahlreiche neue Schiffe mit insgesamt 18 500

schwimmenden Betten laufen heuer vom Stapel. Spätestens 2012 soll die Marke von 20 Millionen Passagieren geknackt werden.

Vor allem in Europa ist die Tendenz stark steigend. Ein Beispiel ist MSC Kreuzfahrten, die Nummer zwei im europäischen Markt mit Firmensitz in Genf. Zwischen 2003 und 2009 hat sie ihr Passagiervolumen auf über 1,2 Millionen verzehnfacht, und auch 2010 hat sie markant zugelegt. Ebenfalls auf Expansionskurs befindet sich die deutsche Aida Cruises, die 2010 bei Umsatz und Passa-

gierzahlen ein Rekordergebnis erzielte. Das Potenzial ist aber noch lange nicht ausgeschöpft. «Wir haben in Europa eine Marktdurchdringung von einem Prozent, während in den USA 3 von 100 Touristen eine Kreuzfahrt buchen», sagt Pier Luigi Foschi, CEO der italienischen Costa Crociere, Europas grösster Kreuzfahrtreederei.

Vom Rückenwind der Reedereien profitieren vor allem die Passagiere. Die Preise sinken stetig. Eine Woche Kreuzfahrt kostet heute im Durchschnitt 1000 Franken. Darin inbegriffen sind alle



MSC-CEO Vago: Wachsende Flotte, sinkende Preise

Mahlzeiten und ein immenses Angebot an Bord. Separat verrechnet werden einzig Supplements wie Getränke oder spezielle Wellnessbehandlungen etc. «Dank der stetig wachsenden Flotte erzielen wir hervorragende Skaleneffekte und können deshalb mit attraktiven Tarifen die Fixkosten decken», erklärt Pierfrancesco Vago, CEO von MSC Kreuzfahrten.

Jetzt lässt MSC auf allen Schiffen der eigenen Flotte Kinder von zwei bis zwölf Jahren gratis mitfahren, sofern sie in der Kabine der Eltern übernachten. Aktionen

wie diese dürften das Passagiervolumen auf den Kreuzfahrtschiffen nachhaltig steigen lassen.

Gebucht wird nicht nur im Reisebüro, sondern immer häufiger auch via Internet. Dies bestätigen die enormen Zuwachsraten, welche zum Beispiel das neue Kreuzfahrtenportal E-hoi.ch zurzeit erzielt. Seine Onlinepräsenz in der Schweiz hat der deutsche Anbieter im Sommer 2010 lanciert. Helfen soll eine aggressive Preisstrategie – und in der Schweiz der tiefe Euro: E-Hoi ist ein deutsches Unternehmen und kann damit günstige Euro-Tarife anbieten.